

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Ausrichtung von Stipendien

### Herbstausschreibung

Vom 2. bis 14. September 1985 findet die Herbstauschreibung für die Einreichung von Anträgen auf Ausrichtung von Stipendien, Darlehen und Unkostenbeiträgen statt. Die Anträge können für folgende Ausbildungsjahre eingereicht werden.

- Herbst 1984-Herbst 1985
- Herbst 1985-Herbst 1986

Wir ersuchen alle Interessenten, welche in einer ganzjährigen Ausbildung stehen, ihre Anträge im voraus einzureichen. Je nach Ausbildungsart kann dann die Stipendienkommission die Ausbildungsbeihilfe während des Ausbildungsjahres ausbezahlen oder die Höhe des Stipendiums und die Bedingungen, unter denen es bezogen werden kann, festlegen.

Hingegen sollen Anträge für den Besuch von Kursen von beschränkter Dauer, welche im Verlaufe eines Jahres stattfinden, erst nach Beendigung des Kurses eingereicht werden. Ziehen sich Kurse über mehrere Jahre hin, muss der Antrag jeweils nach Abschluss eines Jahres gestellt werden. Für Sprachkurse in Europa ist eine Mindestdauer von zwei Monaten, ausserhalb von Europa von drei Monaten vorgeschrieben.

Man beachte das Inserat in der heutigen Zeitungsausgabe.  
Die Stipendienkommission

## «Der Fall Staatsgerichtshof» – ein Scherbenhaufen

Vertrauensschwund in eine tragende Institution unseres Staates wird lange fortwirken

Noch im Dezember vergangenen Jahres setzte die Vaterländische Union (VU) die Wiederwahl von Dr. Erich Seeger, des Präsidenten des Staatsgerichtshofes, gegen Wind und Wetter durch. VU-Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter soll sich die eigene Fraktion sogar durch Rücktrittsdrohungen gefügig gemacht haben. Ein kritischer Mann in der VU-Fraktion wurde für das Wahlgeschäft einfach ausgewechselt; Gegenanträge der FDP-Fraktion einfach rücksichtslos niedergestimmt. Heute steht die VU vor einem weiteren Scherbenhaufen ihrer Politik. Aber was noch schlimmer ist: das Vertrauen in unser Höchstgericht ist zutiefst angeschlagen.

Am Montag dieser Woche tagte in Eschen der VU-Landesvorstand. In diesem wichtigen Entscheidungsgremium der Partei sitzen alle Mandatsträger in Landtag und Regierung und alle anderen, die in der Union das Sagen haben. Laut VU-Pressorgan «Vaterland», das am 28. August über die Landesvorstandssitzung berichtete, gab es an der Sitzung auch im Zusammenhang mit dem «Fall Staatsgerichtshof» (Originalizität) «zündenden Gesprächsstoff».

### «Allseits geäusserte Hoffnung»

Das «Liechtensteiner Vaterland» in seinem Bericht weiter: «Das Fazit der aus

Sorge um die Glaubwürdigkeit einer der tragenden Instanzen unseres Staatswesens geführten Erörterungen, war die allseits geäusserte Hoffnung, dass der Staatsgerichtshof-Präsident aufgrund des Urteils des Landgerichts die Konsequenzen zieht und seinen Rücktritt bekanntgibt.»

Meint die VU, dass sie sich mit dieser dürftigen Zeitungsmeldung aus der Verantwortlichkeit um den Vertrauensschwund in eine tragende Institution unseres Staates herauswindeln kann?

### Offene Fragen

Mit keinem Wort geht das Presseorgan unserer heutigen Mehrheitspartei auf jene Fragen ein, welche im Zusammenhang mit dem «Fall Staatsgerichtshof» allein von eminenter Bedeutung sind. Nämlich: ● Warum Landtagspräsident Dr. K. H. Ritter mit der VU-Fraktion am 19. Dezember vergangenen Jahres die Wiederwahl Dr. Seegers als Staatsgerichtshof-Präsident durchgedrückt hat, obwohl ihm schon damals alle Fakten über den zwischenzeitlich vom Landgericht als erwiesen beurteilten Amtsmissbrauch bekannt waren?

● Warum er trotz dieser Kenntnisse, die er aus Gesprächen mit Dr. Erich Seeger selbst und aus der Lektüre einer Briefkopie von Dr. Luzius Wildhaber, einem

Mitglied des Staatsgerichtshofes, an den Staatsgerichtshof-Präsidenten hatte, seinem Parteifreund Erich Seeger von der VU-Fraktion noch einmal das Vertrauen als Staatsgerichtshof-Präsident für fünf Jahre aussprechen liess?

● Warum Dr. Ritter, obwohl eine Aufsichtsbeschwerde seitens des Initiativkomitees auf seinem Tisch lag, jede Untersuchung des Falles abblockte?

Nun ist der Schaden, den man damals befürchtete, definitiv eingetreten. Das Ansehen des Staatsgerichtshofes hat schwersten Schaden erlitten. Das Vertrauen in unsere politischen Instanzen ist mehr erschüttert denn je!

### Vertrauensschwund wird nachwirken

Die Verantwortung dafür, dass der schon damals angeschlagene Staatsgerichtshof-Präsident am 19. Dezember 1984 gegen alle Bedenken und mit allen verfügbaren, politischen Machtmitteln im Amt bestätigt wurde, liegt allein bei der Vaterländischen Union. Sie ist auch für den Schaden verantwortlich, der seither eingetreten ist und sich mit jedem Tag, den Dr. Seeger in seinem Amt verbleibt, noch ausweitet.

Der Vertrauensschwund in eine der tragenden Institutionen unseres Staatswesens ist unbestritten und er wird (unabhängig vom Fall Seeger/VU) noch lange fortwirken.

## KOMMENTAR

Das Interesse der ausländischen Medien am Pastoralbesuch des Papstes scheint sich, je näher der Zeitpunkt des Ereignisses rückt, zunehmend zu verstärken. Ein Indiz für diese Vermutung stellt zweifellos die zahlenmässige Präsenz der Journalisten dar. Waren am Anfang mehrheitlich nur die in der Nachbarschaft erscheinenden Blätter an den Presseorientierungen vertreten, so ist der Kreis am Donnerstag dieser Woche wesentlich erweitert worden. Auch zeigen Radio- und Fernsehstationen zunehmend Neigung, über Hintergründe und Besonderheiten des Besuches zu berichten.

Dass die an der Pressekonferenz gestellten Fragen zumeist nur Randereignisse betreffen, hängt vielleicht damit zusammen, dass die Reisetätigkeit des Papstes nach über zwanzig Visiten in verschiedenste Länder hinlänglich bekannt ist und kaum erwartet wird, dass gerade in Liechtenstein bisher unbekanntene Neuigkeiten seelsorgerischer Art verkündet werden. Aber die Leute interessieren sich einfach für das Drum und Dran, für die Sicherheitsvorkehrungen und die Platzfragen, wieviel Poli-

### Papst und Medien

zisten aus Österreich und der Schweiz «importiert» werden und ob genügend Platz für alle Gäste aus Österreich, der Schweiz und Süddeutschland vorhanden ist.

Die Werbewirkung aber ist, so kann heute schon gesagt werden, enorm. Das ist sicher ein Verdienst der mit der Betreuung der Medien befassten Personen, die eine Unmenge von Material über unser Land, die Beziehungen zwischen Kirche und Staat und die Vorbereitung auf den Papstbesuch zusammengestellt und verschickt haben. Überall taucht der Name Liechtenstein auf – und, wenn von einigen wenigen Beispielen abgesehen wird, immer positiv. Eine bessere Werbung für unser Land kann man sich kaum vorstellen.

Fast scheint es so, als müsste in die Reihe derjenigen «Gegenstände», die positiv imagefördernd für unser Land tätig sind, künftig auch der Heilige Vater eingereiht werden.

bleibt zu hoffen, dass der positive Eindruck auch nach dem Besuch des Papstes erhalten bleibt. Die Organisatoren geben sich optimistisch. Wenn es nach ihnen geht, so kann nicht mehr viel schiefgehen.  
(G. M.)

## Bedarfsnachweis bei Kernkraftwerken «überholt»

VSE fordert Atomgesetz ohne Bedarfsnachweis an Tagung in Vaduz

(spk) Der Bedarfsnachweis für Kernkraftwerke lasse sich nicht mehr rechtfertigen, wenn es darum gehe, eine umweltgerechte Energiepolitik in unserem Lande durchzusetzen. Die geltende Atomgesetzgebung sei in dieser Hinsicht überholt. Dies erklärte Präsident Jörg Bucher an der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) vom Freitag in Vaduz.

Bis zum Jahre 2000 können rund 7 Prozent aller Wohnungen mit nuklearer Fernwärme versorgt werden. Dafür stehen womöglich in fernerer Zukunft kleine, nukleare Heizreaktoren zur Verfügung, erklärte Bucher zudem an der VSE-Versammlung. Der Mineralölverbrauch in der Schweiz müsse immer noch als eine der wesentlichen Quellen der Luftbelastung angesehen werden. Dies trotz aller Anstrengungen der Mineralölbranche, den Schwefelgehalt im Heizöl zu senken. Der Weg aus diesem Versorgungs- und umweltpolitischen Korsett muss nach Ansicht von Bucher vornehmlich bei den einheimischen und umweltfreundlichen Energieträgern gesucht werden.

### Förderung der Wärmegewinnung aus Elektrizität

Neben der konsequenten Förderung der Wärmepumpe durch Kundenberatung und angepasste Tarifpolitik sowie dem vermehrten Einsatz des Einzel-Elektroboilers – vor allem auch in Mietwohnungen – kam Bucher auf die Elektroheizung zu sprechen. Er habe in den letzten Jahren manchmal den Eindruck gewonnen, die Elektrizitätswirtschaft sei gezwungen gewesen, das Thema Elektroheizung als «rohes Ei» zu behandeln. Das zeige deutlich, dass es sich hier um ein politisches und nicht um ein elektrisches Problem handle. Dabei biete laut Bucher die Elektroheizung gerade in der Schweiz mit ihrer dezentralen Siedlungsstruktur und entsprechend stark dezentraler Wärmeverversorgung optimale Einsatzmöglichkeiten.

### Plädoyer für Fernwärme

«Während im Ausland Fernwärmeverversorgung aus thermischen Kraftwerken gang und gäbe ist», sagte Bucher, «tun wir Schweizer Elektrizitätswerke im klassischen Land der Wasserkraft uns noch etwas schwer mit dem Engagement in der

Fernwärme.» Dabei müsste sich die Branche aber im klaren sein, dass sie eine Verpflichtung zur Substitution (von Erdöl) auch in diesem Bereich habe. Durch die Auskoppelung von Dampf werde der Gesamtwirkungsgrad der Kernkraftwerke verbessert und die anteilmässige Nutzung der Abwärme senke die thermische Belastung von Wasser und Luft. Es sei deshalb sinnvoll, wenn vorerst die Betreiber von Kernkraftwerken sich als Partner von Gemeinden oder Gemeindeverbänden zur Verfügung stellen und dort, wo es wirtschaftlich sinnvoll sei, einen Beitrag an die Gesundheit unserer Umwelt leisten. Dabei müsse jedes Fernwärmeprojekt vom «politischen Willen und von

marktwirtschaftlichen Prinzipien getragen sein».

«Wenn die Elektrizitätswirtschaft in unserem Lande das volkswirtschaftlich Optimale tun soll und will, muss mindestens die Frage gestellt werden, ob der heutige Hindernislauf beim Bau von Kernkraftwerken nicht gelegentlich abgebaut werden müsste», fragte sich Bucher. Die Forderung nach einem Bedarfsnachweis lasse sich nicht mehr aufrechterhalten oder rechtfertigen, wenn es darum gehe, eine umweltgerechte Energiepolitik in unserem Lande durchzusetzen. Bucher: «Bei der anstehenden Totalrevision des Atomgesetzes müsste der heute geforderte Bedarfsnachweis fallengelassen werden.»

## Minister-Delegation der EG in Südafrika



Johannesburg (spk/dpa) Eine Minister-Delegation aus Ländern der Europäischen Gemeinschaft ist am Freitag in Südafrika eingetroffen, um der Regierung von Pieter Botha die ernste Besorgnis ihrer Länder über das Apartheidssystem vorzutragen und die ernste Lage in Südafrika als Folge jüngster Ereignisse zu diskutieren. Dies betonte der Aussenminister von Luxemburg, Jacques Poos, als Leiter der Gruppe, zu der noch die Minister Giulio Andreotti (Italien) und Hans van den Broek (Niederlande) sowie der für Aussenbeziehungen zuständige EG-Kommissar Willy de Clercq gehören. «Im Hinblick auf die alten und vielfältigen Verbindungen zwischen Südafrika und Europa und unter Berücksichtigung ihrer Betonung der Menschenrechte glauben die zwölf Länder, das Recht und die Verpflichtung zu haben, sich für die Probleme Südafrikas zu interessieren», verlas Poos vor mehreren Dutzend Journalisten auf dem Flughafen von Johannesburg eine vorbereitete Erklärung. Die zehn Länder der EG sowie Spanien und Portugal hofften, einen nützlichen Beitrag zur Lösung dieser Probleme erbringen zu können, ergänzte er. Die EG-Delegation wird heute in Kapstadt mit Staatspräsident Pieter Botha zusammentreffen.

## Polen: 5. Jahrestag der Solidarität

Danzig (spk/dpa) Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat am Freitag zum fünften Jahrestag der Gründung der verbotenen Gewerkschaft Solidarität in Danzig ein Blumengebinde am Denkmal für die Opfer der Arbeiterunruhen von 1970 niedergelegt. Rund 1500 Menschen versammelten sich nach der Frühschicht auf der Lenin-Werft um das Denkmal. Die Polizei griff nicht ein.

Walesa legte die Blumen nieder und erhob seine rechte Hand zum Siegeszeichen. Er sagte: «Herr General, wir werden die Solidarität nie aufgeben.» Die Menge wiederholte: «Niemals... niemals» und rief immer wieder «Solidarität, Solidarität». Diese kurze Zeremonie fand am Freitag statt, weil der eigentliche Jahrestag am Samstag arbeitsfrei ist. Walesa appellierte anschliessend auf einer Pressekonferenz an die Behörden, den Weg der Diskussion und der Verständigung einzuschlagen und die politischen Häftlinge freizulassen. Walesa stellte eine von oppositionellen Intellektuellen verfasste Analyse über die Lage auf den Gebieten der Rechtspflege, der Wirtschaft, der Lebensbedingungen in den Arbeiter- und Rentnerfamilien sowie der Kultur vor, die Grundlage für ein Aktionsprogramm der Solidarität sein soll.

(Siehe auch Seite «Zeitgeschehen»)

## Int. Schachverband: Liechtenstein aufgenommen!

Seit gestern Freitag ist Liechtenstein Mitglied des Welt-Schachverbandes. Die Entscheidung fiel gestern im Rahmen des FIDE-Schachkongresses in Graz, bei welchem der Liechtensteiner Schachverband mit zwei Delegierten (F. Riedel und M. Strässer) anwesend war. Insgesamt waren 59 Nationen vertreten.